

prozesse) nutzbar zu machen. Dies verspricht der Regionalforschung wie auch der Fachdisziplin gleichermaßen Gewinn. Beide Arbeiten sollten wegen ihrer unterschiedlichen Themenbreite und Gewichtung der Analyseebenen als gegenseitige Ergänzung verstanden und gelesen werden.

Peter Gärtner

Rainer Durth, Grenzüberschreitende Umweltprobleme und regionale Integration. Zur politischen Ökonomie von Oberlauf-Unterlauf-Problemen an internationalen Flüssen, Nomos, Baden-Baden 1996 (= Schriften des Europakollegs Hamburg zur Integrationsforschung 10), 336 S.

Gegenstand dieser Arbeit sind die bei der internationalen Nutzung von grenzüberschreitenden Flüssen auftretenden Interessenkonflikte und die Frage nach den Möglichkeiten zwischenstaatlicher Kooperation zur gemeinschaftlichen Nutzung der knappen Ressource Wasser. Das Thema ist von einer außerordentlichen Brisanz, denn „mit der erwarteten Bevölkerungs- und Wirtschaftsentwicklung stellt die umweltgerechte Bewirtschaftung grenzüberschreitender Flüsse ... heute ein politisches, rechtliches und wirtschaftliches Problem dar, dessen Bedeutung in absehbarer Zukunft noch zunehmen wird.“ (S. 19f.)

Die Konflikte um die Nutzung einer grenzüberschreitenden Ressource beruhen auf externen Effekten, die durch die Nutzung am Oberlauf des Flusses an seinem Unterlauf auftreten. Die Einschränkung dieser externen Effekte ist über den Internalisierungsmechanismus am effektivsten möglich. Daher lautet die Fragestellung: Wie lassen sich externe Effekte an grenzüberschreitenden Flüssen internalisieren? Der Verf. untersucht nun in seiner Arbeit die Bedingungen der Internalisierung sowohl in integrierten als

auch in nicht integrierten Räumen.

Ausgangspunkt seiner Argumentation ist die weitverbreitete Annahme, daß in Integrationsräumen grenzüberschreitende Kooperation im Umweltbereich leichter zu realisieren sei als in nicht integrierten Räumen. Der Autor stellt sich das Ziel, diese Annahme unter dem theoretischen Blickwinkel der *Neuen Politischen Ökonomie* systematisch zu analysieren, um im Anschluß die erarbeiteten theoretischen Ableitungen anhand dreier Fallstudien zu prüfen.

Die Arbeit gliedert sich in sechs Teile. Davon sind die Teile I und II vorwiegend theoretischer Natur, die vom Rezipienten mindestens Grundwissen der ökonomischen Theorie verlangen. In diesen Abschnitten wird in absteigenden Abstraktionsstufen das theoretische Gerüst für die empirischen Untersuchungen geschaffen.

Das analytische Instrumentarium zur Identifizierung von Kooperationszusammenhängen ist tatsächlich der rote Faden, der sich durch die gesamte Arbeit zieht. Allerdings ist es für den ökonomisch nicht „vollständig informierten“ Rezipienten zum Teil (insbesondere Kapitel 4) außerordentlich mühsam, der polit-ökonomischen Herleitung dieses Instrumentariums zu folgen.

Thematisiert werden insbesondere: die Randbedingungen für eine Kooperation, die Einflußgrößen auf die Verhandlungen über die Aufteilung des Kooperationsgewinns sowie die Rolle von Regierungen und die Rolle von privaten Nachfragern auf dem grenzüberschreitenden politischen Markt. Dabei werden in den theoretischen Abschnitten Hypothesen zu den Unterschieden in den Kooperationsbedingungen und den Handlungsoptionen der Akteure in integrierten und nicht integrierten Räumen aufgestellt.

Als Referenzmodell für einen integrierten Raum wählt der Autor die Europäische Union. Als Ausgangspunkt der polit-ökonomischen Analyse von Oberlauf-Unterlauf-Problemen beschreibt und bewertet er die innerhalb der EU geltenden Gemeinschaftsregelungen. Dem schließt sich eine Untersuchung der

Handlungsmöglichkeiten der Akteure auf dem politischen Markt an, um schließlich die entscheidenden Faktoren für das Verhalten der Schlüsselakteure auf dem politischen Markt der EU zu diskutieren. Die Grundlegende Erkenntnis dieser Argumentation ist jene, daß in der EU, als Prototyp eines Integrationsraumes, die Nachfrager politischer Entscheidungen (z. B. Wasserwerke, Umweltschützer) als Schlüsselakteure neben die Regierungen treten, insbesondere durch die horizontalen Maßnahmen in der europäischen Umweltpolitik. Sie werden als die Gewinner der Integration dargestellt. „Die Regierungen ... verzeichnen jedoch starke relative Machteinbußen. Sie profitieren, gemessen an ihrer starken Position in nicht integrierten Räumen, am wenigsten von der grenzüberschreitenden Verflechtung in Integrationsräumen.“ (S. 141) Damit ist hier jedoch nicht die Einschränkung von Handlungsfähigkeit gemeint, die national konzipierte Politik in transnationalen Politikfeldern charakterisiert, sondern einzig und allein die Einschränkung des Verhandlungsmonopols aufgrund der Auflösung des Informationsmonopols der Regierungen, der Senkung der Transaktionskosten für andere Akteure und deren Partizipationsrechte auf dem politischen Markt.

Hier stellt sich die Frage, warum nationale Regierungen freiwillig Macht an andere Akteure abtreten, die ihren diskretionären Spielraum verkleinern. Sie wird aber nicht verfolgt, was einerseits verwundert, werden doch Regierungen bzw. Regierungsmitglieder konsequent als nutzenmaximierende Subjekte konzipiert. Daß der Autor dieser Frage nicht weiter nachgeht folgt andererseits jedoch logisch aus der Annahme, daß die Integrationsinstanz (europäische Kommission) unabhängig vom Einfluß nationaler Regierungen und anderer Akteure jene Rahmenbedingungen setzt, die letztlich die Position der Regierungen in Relation zu anderen Akteuren schwächt. Der Logik dieser Annahme zufolge haben die Regierungen ihren Machtverlust nicht zu verantworten, die Frage nach ihrer Ratio

stellt sich also nicht. Jedoch entspricht diese Annahme kaum der Realität, muß doch so gut wie jede von der Kommission konzipierte Politik durch den Rat (sprich: die nationalen Regierungen) bestätigt werden. Somit wäre eine Untersuchung des Kosten-Nutzen-Kalküls der Regierungen doch interessant, ist aber aufgrund der problematischen Annahme der Unabhängigkeit der Integrationsinstanz in ihren Entscheidungen und der Betrachtung der gemeinschaftlichen Regelungen als Gegebenes und nicht als Gewordenes systematisch nicht möglich.

Der empirische Teil der Arbeit gliedert sich in eine Querschnittsanalyse und drei Fallstudien. Während die Fallstudien die Kooperationsstrukturen und -möglichkeiten am Rhein, an der Elbe (ver 1989 und danach) und am Euphrat sehr anschaulich darstellen (wobei es leicht fällt, die theoretischen Basiselemente zur Beantwortung der Grundfrage des Buches zu identifizieren), kann mich die Querschnittsanalyse nicht besonders überzeugen.

In der Querschnittsanalyse werden alle bis 1993 in Europa und Nordamerika abgeschlossenen völkerrechtlichen Verträge zu grenzüberschreitenden Flüssen daraufhin untersucht, ob in Integrationsräumen zwischenstaatliche Kooperation eher möglich ist als in nicht integrierten Räumen. Mit der Erkenntnis, daß in Integrationsräumen (EU, EWR) deutlich die meisten Abkommen abgeschlossen wurden, noch dazu zeitlich früher, meint der Autor nun, seine Arbeitshypothese der höheren Kooperationsbereitschaft in integrierten Räumen validieren zu können. Der gewählte Indikator – Anzahl der untersuchten Verträge – ist jedoch so grob, daß man daraus m. E. keinen Schluß zur Beantwortung der Frage ziehen kann. Denn ein solcher Vergleich unterstellt überall eine gleiche Problemdichte und Problemwahrnehmung – über die Zeit und nationenübergreifend – nur so läßt sich von der Anzahl und Verteilung der Abkommen auf höhere Kooperation in integrierten Räumen schließen. (Es wäre ja immerhin denkbar, daß es

geographische Räume gibt – seien sie nun politisch und wirtschaftlich integriert oder nicht – in denen es keine grenzüberschreitenden Flüsse gibt.) Durch die Ausblendung dieser intervenierenden Variablen wird die Querschnittsanalyse anzweifelbar.

Den Abschluß des Buches bildet ein Punkt-für-Punkt-Vergleich zwischen theoretischen Erwartungen und empirischen Befunden, dem sich als Extrakt dieses Vergleiches Politikempfehlungen anschließen. Dies geschieht in der für dieses Buch charakteristischen sehr detaillierten und systematischen Art und Weise.

Kerstin Tews

Gwendolyn Midlo Hall, Social Control in Slave Plantation Societies. A Comparison of St. Domingue and Cuba, Louisiana State University, Baton Rouge 1996, 166 S.

Was rechtfertigt die unveränderte Wiederauflage eines schmalen Buches von 1971, sozusagen zu seinem 25. Geburtstag?

Der Rezensent könnte es sich einfach machen und drei Punkte hervorheben:

1. Die Arbeit von *Midlo Hall* ist der erste ernsthafte Vergleich, der zwei ähnliche und benachbarte Entwicklungen in der Karibik – Massensklaverei in der Zuckerproduktion – gegenüberstellt, allerdings zeitversetzt. Gegenstand des asymmetrischen Vergleichs sind Saint Domingue im 18. Jh. und Kuba im 19. Jh. Die Kolonien standen unter Kontrolle grundverschiedener Metropolen (Frankreich und Spanien). Die Verf., eine US-amerikanische Historikerin, begibt sich sozusagen auf einen karibischen Standpunkt und greift „von außen“ in die US-amerikanische Debatte um die Sklaverei in „den Americas“ ein. Sie begründet diese Methode mit guten Argumenten, vor allem mit einer fulminanten Kritik am (falschen) idealtypischen „Stufenmodell“ Frank Tannenbaums.

2. *Midlo Hall* nimmt die Aktivitäten der Sklaven und Sklavinnen ernst. Siedler wie Metropolen hatten größte Mühe, die soziale Kontrolle über die in die Sklaverei gepreßten afrikanischen Menschen überhaupt herzustellen und zu wahren. Die Sklaven wandten subversiv Magie, Synkretismus und Gift an, sie flohen, betrieben Sabotage, rebellierten, und all dies kulminierte in großen Aufständen und Verschwörungen oder gar einer Sklavenrevolution, wie der in Saint Domingue 1791–1804.

3. Die Autorin meint mit ihrer Kritik die sog. „Tannenbaum-These“ von der „Mildheit“ der spanischen Sklaverei (auf Kuba) und der sog. „mittleren Position“ der französischen Sklaverei (auf Saint Domingue) vernichtet zu haben. Sie zerschlägt die These regelrecht, zielt dabei mit verschiedenen Seitenhieben auf Kollegen, wie Herbert S. Klein mit seinem Vergleich Kuba-Virginia, sie tritt auf den Resten der These herum und pulverisiert sie. Was bleibt übrig? Eine französische Metropole mit einem „cartesianischen“ Gesetzgeber auch in Sklavenfragen, der vor allem aus kolonialstrategischer Gründen den Freigelassenen auf den „Insech“ volle Bürgerrechte gewährte. Und eine spanische Metropole, die im späten 18. Jh. versuchte, die Klarheit französischer Gesetzgebung zu kopieren, aber wegen der Probleme in der Karibik nach 1789 (vor allem wegen der Sklavenrevolution auf Saint Domingue), bereits erlassene Gesetze, den sogenannten „Código Negro Carolino“ (1785) und den sogenannten „Código Negro Español“ (1789) 1794 bzw. 1795¹ sang- und klanglos zurückzog. Die spanische Krone habe damit den mächtigen kreolischen Siedleroligarchien nicht nur die Sklaven auf der kubanischen „countryside“ zur ungezügelten Willkür freigegeben, sondern auch noch die „Freiheit“ des Sklavenhandels (1789–1804) daraufgesetzt. Insgesamt habe die Massensklaverei in beiden Gesellschaften zur Verschlechterung der Stellung der freien Farbigen geführt, was zweifelsohne richtig ist. Auf Saint Domingue kulminierten die Konflikte zwischen dem